Nach dem Sommer

Eine historisch-materialistische Analyse migrationspolitischer Kämpfe in Deutschland nach 2016

MARIE HOFFMANN

Abstract: The following article is a »historical materialist policy analysis« (Historisch-materialistische Politikanalyse) (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014), which analyses the strategies of political and civil society actors, who are fighting for hegemony in migration politics. It asks how the social relationships of forces in Germany shifted from March 2016 to March 2020. Its basis is a qualitative media analysis, which identified four hegemony projects (neo-liberal, conservative, social and left/-liberal) on the basis of their strategies after the crisis of the EU migration regime in the »summer of migration« (Kasparek/Speer 2015) 2015. The analysis demonstrates that right-wing forces have strengthened, while left-wing actors were able to successfully take up the mobilization during the »Welcome Culture« (Willkommenskultur). Neo-liberal forces continued to pursue their ›migration management‹ project, albeit with major concessions to conservatives and right-wing forces, to incorporate them into a compromise. How fragile this compromise was became apparent in early 2020 in the breach of the EU-Turkey-Agreement.

Keywords: German migration regime, historical materialist policy analysis, summer of migration, asylum policy, struggle for hegemony

Im Sommer 2015 überwanden hunderttausende Flüchtende die europäischen Grenzen. Dies löste eine tiefe Krise der EU-Migrationspolitik aus. Die selbstbestimmte Bewegung der Geflüchteten und die aufkommende ›Willkommenskultur‹ machten Hoffnung. Mit der Krise gingen aber auch rassistische Hetze und Brandanschläge in Deutschland einher. Der »Sommer der Migration« (Kasparek/Speer 2015) fand sein Ende im EU-Türkei-Abkommen von März 2016. Es band die konfligierenden gesellschaftlichen Kräfte teilweise wieder in das hegemoniale Projekt des Migrationsmanagement (vgl. Geiger/Pécoud 2010) ein.

In diesem Text analysiere ich die auf den Sommer der Migration folgenden Kämpfe um die Ausgestaltung der deutschen Migrationspolitik mit der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (2014) und Fabian Georgis Ansätzen einer materialistischen Migrationsregimeanalyse (Ge-

https://doi.org/10.64081/mvmnts-6.1-2361

orgi 2016, 2019). Dabei interpretiere ich die vielfältigen Strategien der Kämpfe hegemonietheoretisch anhand von zentralen Konfliktfeldern.

Zunächst ordne ich die Methodologie der HMPA theoretisch ein. Anschließend skizziere ich entlang von Kontext- und Prozessanalyse (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 54f., 58) die Ereignisse und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse des Sommers der Migration sowie die darauffolgenden Kämpfe und materiellen Verdichtungen zwischen 2016 und März 2020. Mit der anschließenden Akteursanalyse (vgl. ebd.: 55ff.) arbeite ich, basierend auf einer umfassenden Medienanalyse, die jeweiligen Strategien der einzelnen Hegemonieprojekte und deren relationale Dynamiken heraus. Abschließend führe ich die divergierenden Dynamiken der migrationspolitischen Kräfteverhältnisse zu einem Gesamtbild zusammen.

Die historisch-materialistische Politikanalyse

Die historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA) operationalisiert die Überlegungen materialistischer Staatstheoretiker*innen für die Analyse gesellschaftlicher Konflikte. Die HMPA versteht den Staat als »materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Poulantzas 2002/1978: 154). In dieser Lesart bildet die Zivilgesellschaft einen integralen Bestandteil des Staates: Sie wird als zentraler Austragungsort gesellschaftlicher Kämpfe um die Durchsetzung bestimmter ›Weltanschauungen‹ verstanden, die mit Partikularinteressen verbunden sind. In diesen Kämpfen wird um die bürgerliche Herrschaftsform der Hegemonie gerungen, die sich aus Konsens und Zwang zusammensetzt (vgl. Gramsci 1991ff., Bd.4 H.6 §88: 783). Hegemonial gewordene Partikularinteressen materialisieren sich in der politischen Gesellschaft – den Staatsorganen – und bilden so die Materialität des Staates (vgl. Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 43ff.). Um staatliches ›Handeln‹ zu verstehen, wird demnach der Blick auf die gesellschaftlichen Kämpfe um Hegemonie gerichtet.

In der HMPA werden sowohl die grundlegende Materialität gesellschaftlicher Praxis als auch die Kontingenz der konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Strukturen anerkannt. Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse konkretisieren sich in spezifischen Kräftekonstellationen und materialisieren sich in Institutionen (vgl. ebd.: 43f.). Um diese Kräfteverhältnisse zu untersuchen, werden die konfligierenden Akteursstrategien begrifflich entlang gesellschaftlicher ›Hegemonieprojekte‹ gebündelt. Akteur*innen eines solchen Hegemonieprojektes verfolgen also ähnliche längerfristige gesellschaftliche Ziele – über deren Ausgestaltung auch innerhalb des Hegemonieprojektes gerungen wird. Um ihre Partikularinteressen gesellschaftlich

zu verallgemeinern, müssen Akteur*innen ihre konkreten ›politischen Projekte‹ mit herrschenden materiellen Interessen und gesellschaftlichen Diskursen verbinden. Der Erfolg dessen hängt wiederum von ihren Ressourcen ab (vgl. ebd.: 46ff.).

Die Kontext- und Prozessanalyse

Seit der Jahrtausendwende hat sich in der EU-Migrationspolitik das neoliberale ›politische Projekt‹ des Migrationsmanagement durchgesetzt. Das Konzept des Migrationsmanagement ersetzte die vorherige »Abschottungslogik durch eine sehr viel flexiblere, utilitaristische Strategie« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 81), die Nützlichkeitskriterien mit verschärften Maßnahmen gegen unerwünschte Migration kombiniert. Dieses unioneuropäische wie auch deutsche Migrations- und Grenzregime[1] wurde 2015 während des Sommers der Migration tief erschüttert (vgl. ebd.: 81ff).

Aufgrund des Drucks selbstbestimmter Migrationsbewegungen und unter Einfluss links/-liberaler Kräfte geriet dieses Regime in die Krise und stabilisierte sich erst wieder mit Hilfe des so genannten ›EU-Türkei-Deal‹ im März 2016. Während des Sommers der Migration entschied sich die Bundesregierung im September 2015 gegen eine gewaltvolle Verteidigung der deutschen Grenzen und hielt sie offen (vgl. Georgi 2016: 191). Im Gegensatz zu Analysen, die das Handeln der Bundesregierung als Ausdruck von Kontrollverlust deuten (vgl. Müller-Stehlik 2017: 159), argumentiert Georgi, dass sie die »linksliberale Diskursverschiebung des neoliberalen Projekts mitvollzog« (Georgi 2016: 192) und insbesondere »eine Kettenreaktion neuer Grenzkontrollen *innerhalb* des Schengenraums« (ebd.: 218, Herv. i.O.) verhindern wollte. Der gesellschaftliche Diskurs entwickelte sich daraufhin in zwei Richtungen: Einerseits erhielt die pro-migrantische Willkommenskultur weiterhin großen Zulauf. Gleichzeitig folgte eine starke national-chauvinistische Gegenbewegung. Diese materialisierte sich in der restriktiven Verschärfung der Asylgesetzgebung durch die Asylpakete I und II sowie das Integrationsgesetz[2]. Diese Restriktionen drängten die Erfolge links/-liberaler Kräfte vom Sommer 2015 zurück. Der EU-Türkei-Deal[3] ist schließlich als Versuch zu interpretieren, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte

1 | vgl. Kannankulam (2014); Müller (2010); Wolken (1988); Georgi (2019).

2 | vgl. Bundestag 20.10.15, 11.03.16, 31.07.16.

3 | Mit dem Abkommen verpflichtete sich die Türkei – u.a. im Austausch mit Geldern und der Aufnahme von Syrer*innen aus der Türkei in die EU – Migrant*innen davon abzuhalten, von der Türkei aus in die EU zu gelangen.

wieder hegemonial zu integrieren: Die bei konservativen und rechten Kräften unerwünschte Migration wurde minimiert, das neoliberale Projekt ›Schengenraum‹ aufrechterhalten und der humanitäre Anstrich band auch links/-liberale Kräfte tendenziell ein (vgl. Müller-Stehlik 2017: 160). Der EU-Türkei-Deal gilt deshalb als das Ende des Sommers der Migration.

Anschließend gingen konservative und rechte Akteur*innen in die Offensive und forcierten die diskursive Verknüpfung von Sicherheits- und Migrationspolitik (vgl. ZEIT ONLINE, 27.12.16; taz, 01.08.17). Der Wendepunkt dieses Diskurses war der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016. Seitdem wird rassistische Hetze gegen Migrant*innen und Geflüchtete noch heftiger befeuert. Im Winter 2016 begannen außerdem die stark umkämpften Sammelabschiebungen nach Afghanistan (vgl. taz, 16.12.16). Sie waren ein Weckruf für das links/-liberale und Teile des sozialen Hegemonieprojekts, die regelmäßig Proteste gegen die Deportationen organisierten. Immer wieder gelang es linken und migrantischen Akteur*innen außerdem, Abschiebungen mit Hilfe von Blockaden zu verhindern und zu skandalisieren. Vorläufiger Höhepunkt dieser diskursiv *und* materiell geführten Auseinandersetzung war die Abschiebeblockade in Nürnberg im Mai 2017, bei der Schüler*innen die Deportation ihres afghanischen Mitschülers verhindern wollten (vgl. SPIEGEL ONLINE, 31.05.17). Dennoch setzten sich konservative Kräfte angesichts ihrer Stärke auf legislativer Ebene mit weiteren Verschärfungen in den Bereichen Asylverfahren und Abschiebungen durch (vgl. taz, 01.08.17; PRO ASYL 2017).

Es folgte mit dem Einzug der rechts-autoritären ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) im September 2017 in den Bundestag ein weiteres Erstarken rechter Kräfte. Die Diskursverschiebung nach rechts begann sich auch bei anderen Parteien zu zeigen.[4] So ging es bei den Sondierungsverhandlungen und Koalitionsgesprächen migrationspolitisch vor allem um die Festlegung einer »Obergrenze« (ZEIT ONLINE, 20.08.2017) für Einwanderung. Die diesbezügliche Einigung innerhalb der CDU/CSU auf maximal 200.000, aus humanitären Gründen, einreisende Menschen im Jahr (vgl. PRO ASYL 2017a) lässt sich als Sieg der rechts-autoritären Fraktion gegenüber der liberal-konservativen Fraktion in der Union deuten. Auch bei der Debatte im Sommer 2018 über Horst Seehofers ›Masterplan Migration‹, der Zurückweisungen von Geflüchteten an den deutschen Grenzen vorsah, kam es zu einer faktischen Kompromisslösung zwischen neoliberalen und konservativen Akteur*innen, bei der die SPD kaum eine Rolle spielte. Der Kompromiss – Zurückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze sollten nur dann erfolgen, wenn es ein Abkom-

4 | vgl. WELT, 06.05.2018; FDP 2018; Passauer Neue Presse, 26.05.2018.

men mit dem entsprechenden Staat gab – gefährdete den europäischen Binnenmarkt nicht und ließ dennoch vereinzelte Zurückweisungen zu (vgl. Süddeutsche Zeitung, 10.07.18).

Im (Spät-)Sommer 2018 verhalf die wachsende Bewegung der Seebrücke[5], die sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung wendet und sich für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten stark macht, dem links/-liberalen Hegemonieprojekt aus der Defensive, deren Akteur*innen in diesem Sommer zumindest Teile des Diskurses um die Seenotrettung im Mittelemeer dominierten. Einige Oberbürgermeister*innen erklärten sich sogar bereit, Geflüchtete aufzunehmen, was Innenminister Seehofer jedoch faktisch verhinderte (vgl. taz, 27.07.18). Auch weitere Staaten, v.a. Italien, verunmöglichten die zivile Seenotrettung, z.B. mit Festnahmen von Kapitän*innen und Crews der Seenotrettungsschiffe, die sie diskursiv in die Nähe verbotener ›Schlepperei‹ rückten. Mit der Freilassung der Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete im Juli 2019 und dem Freispruch des Lifeline-Kapitäns Claus-Peter Reisch im Januar 2020 konnten dennoch juristische Siege errungen werden (vgl. ZEIT ONLINE, 17.01.20; Süddeutsche Zeitung 07.01.20). Dies zeigt, dass die links/-liberalen Akteur*innen, die während der Zeit der Willkommenskultur 2015/16 präsent waren, nicht verschwanden, sondern ihre Netzwerke nutzten und verstärkten.

Dennoch konsolidierte sich die alte Kompromissstruktur zwischen neoliberalen und konservativen Kräften weiter. Zum Jahreswechsel 2018/19 konnte zwar ein liberales Einwanderungsgesetz gegen die Interessen des konservativen Hegemonieprojekts durchgesetzt werden. Es wurde aber erst im Juni 2019 gemeinsam mit dem ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ verabschiedet, um die Liberalisierung von Arbeitsmarktzugängen für Ausländer*innen nur in Verknüpfung mit strengeren Abschieberegeln zuzulassen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 07.06.19). Das ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ kann, ebenso wie die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, als Gegenangriff konservativer Akteur*innen auf die links/-liberalen Solidaritätsbewegungen interpretiert werden. Die Materialisierung der ›alten‹ Kompromissstruktur zwischen neoliberalen und konservativen Akteur*innen in Form dieses ›Migrationspakets‹ bildet die erfolgreiche Integration konservativer Forderungen in das neoliberale Projekt des Migrationsmanagement.

Die Bereitschaft rechts-autoritärer bis völkischer Kräfte, ihre Ziele auch gewaltsam durchzusetzen, zeigte sich in rechten und rechtsterroristischen Anschlägen auf Politiker*innen und migrantisierte Menschen. Nach dem Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 und dem antisemitischen und rassistischen

5 | seebruecke.org

Anschlag auf eine Synagoge und einen Imbiss in Halle (Saale) im Oktober 2019, bei dem der rechtsextreme Täter zwei Menschen tötete, gipfelte diese grausame rechte Offensive (vorerst) im rechtsterroristischen Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem der Attentäter neun migrantisierte Menschen erschoss (vgl. taz, 20.02.20).

An den EU-Außengrenzen zeigte sich Anfang 2020, wie fragil der EU-Türkei-Deal als externalisierte ›Lösung‹ der Krise der unionseuropäischen Migrationspolitik war. Nachdem wieder mehr Flüchtende von der Türkei aus die griechischen Küsten erreichten, verschärfte sich die Lage an der türkisch-griechischen Grenze und in den Camps auf den griechischen Inseln. Die türkische Regierung begann, der EU mit ›Grenzöffnungen‹ zu drohen, sollte die NATO die Türkei nicht in ihrer völkerrechtlich höchst umstrittenen Offensive in Nord-Syrien unterstützen (vgl. taz, 28.02.20). Akteur*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts fürchteten wirtschaftliche Unsicherheiten, die mit einer Eskalation des Konflikts einhergehen könnten und drängten deshalb auf eine schnelle Beruhigung der Lage (vgl. Handelsblatt, 16.10.19). Die türkische Regierung brach (zumindest temporär) im Februar 2020 den EU-Türkei-Deal, öffnete ihre Grenzen zu Griechenland und tausende Geflüchtete überquerten die Grenze zur EU. Beim Versuch der griechischen Sicherheitsbeamt*innen, die Menschen hinter die Grenzlinie auf türkisches Territorium zurückzudrängen, kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverstößen (vgl. Hänsel 2020). Zu diesem Zeitpunkt endet meine systematische empirische Untersuchung. Es ist noch nicht abzusehen, ob und wie das Grenzregime die Lage an den europäischen Außengrenzen stabilisiert.

Die Akteursanalyse: Kämpfe um die deutsche Migrationspolitik

Ausgehend von der bisherigen Rekonstruktion der Dynamiken zwischen März 2016 und März 2020 analysiere ich nun die Strategien der beteiligten Akteur*innen. Der Begriff ›Hegemonieprojekt‹ steht dabei für die begriffliche Abstraktion der verschiedenen »Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 46). So werden ihre jeweilige Position in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und ihre internen Fragmentierungen sichtbar.

Das neoliberale Hegemonieprojekt

Die Akteur*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts sind vor allem in wirtschaftlichen und wirtschaftsnahen Kontexten zu finden: Kapitalvertreter*innen, Arbeitgeber*innenverbände, politische Wirtschaftsinitiativen und die Wirtschaftsflügel einiger

Parteien, wie etwa die Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Migrationspolitisch setzen sie sich für die ›Bereitstellung‹ flexibler und kostengünstiger Arbeitskräfte mittels liberalisierter Arbeitsmigration ein.

Das neoliberale Hegemonieprojekt hat sich migrationspolitisch in eine liberale und eine rechte Fraktion ausdifferenziert. Besonders sichtbar wird dies an der Debatte zum ›Spurwechsel‹, welcher es abgelehnten Asylbewerber*innen erleichtern sollte, sich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der damalige Präsident des Arbeitgeberverbandes »Gesamtmetall«, Oliver Zander, machte hier als Teil der rechten Fraktion Zugeständnisse in Richtung konservativer Akteur*innen, anstatt hinter dem neoliberalen ›politischen Projekt‹ zu stehen. Er sagte, dass die Forderung nach einem Spurwechsel »das Vertrauen in den Rechtsstaat [untergrabe] und das dringend benötigte Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz [gefährde]« (Gesamtmetall 2018).

Die liberale Fraktion des Hegemonieprojekts setzt sich hingegen für bessere Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete ein. Ihr gehören integrations- und migrationspolitisch engagierte Wirtschaftsinitiativen wie das ›NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge‹ sowie Wirtschaftsvertreter*innen wie der Vorstandsvorsitzende von Siemens, Joe Kaeser, an. Er rief dazu auf »das Feld der Öffentlichkeit nicht populistischen und nationalistischen Stimmen [zu] überlassen«, da »Nationalismus dem Ansehen unseres Landes in der Welt [schadet]« und verweist damit auf ‚Weltoffenheit' als wichtigen Standortfaktor (Handelsblatt, 10.07.18).

Die sonstige Zurückhaltung bei asylpolitischen Themen ist Teil der neoliberalen Strategie, »konservative Kräfte in ihre Arbeitskraftstrategie einzubinden« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 67) und die gesellschaftliche Zustimmung zu liberaler Einwanderungspolitik für Arbeitskräfte nicht zu gefährden. Nur im Streit um den ›Masterplan Migration‹ drängten diese Akteur*innen auf europäische Lösungen, weil nationale Alleingänge und Grenzkontrollen im Schengenraum den freien Waren- und Kapitalverkehr behindern könnten.

Das konservative Hegemonieprojekt

Bezugspunkt konservativer Akteur*innen ist die Nation und das damit verbundene imaginierte deutsche Volk. Sie lehnen Einwanderung grundsätzlich ab, die Radikalität dessen reicht von einer kulturalisierenden Verteidigung ›christlicher Werte‹ bis hin zur ›*zero migration*‹-Position am äußeren rechten Rand des Hegemonieprojekts.[6] Das

6 | Die Radikalisierungen im konservativen Hegemonieprojekts konnten mit der vorgenommenen Medienanalyse nicht ausreichend erfasst werden. Daher weist die Analyse völkischer/rechter Akteur*innen Unschärfen auf.

konservative Hegemonieprojekt hat sich im Untersuchungszeitraum noch stärker gespalten und radikalisiert. Es kann inzwischen bedeutende Teile der Gesellschaft hinter sich vereinen. Die liberal-konservative Fraktion ist innerhalb des konservativen Hegemonieprojekts, trotz ihrer Reorganisationsversuche wie jener der »Union der Mitte«, zurückgedrängt worden (vgl. DER SPIEGEL, 14.07.18). Dagegen steht die rechts-autoritäre Fraktion, bestehend aus großen Teilen von AfD und CSU. Sie treibt die anderen gesellschaftlichen Akteur*innen offensiv vor sich her und besitzt großes Mobilisierungspotenzial. Ihre Verankerung in den Staatsapparaten vertieft sich seit dem Bundestagseinzug der AfD im September 2017 weiter. Ihre symbolischen Ressourcen liegen in der Verankerung rassistischer Diskurse und der »tiefen Hegemonie von Grenzen« (Georgi 2015).

Die Auseinandersetzungen um die Zurückweisungen an den deutschen Grenzen im Sommer 2018 stehen symptomatisch für die Spaltung des konservativen Projekts. Dabei ging es darum, ob Migrant*innen trotz Asylgesuch an deutschen Grenzen zurückgewiesen werden sollten oder ob man sich auf ein gemeinsames unioneuropäischer Vorgehen einigen konnte. Andreas Scheuer (CSU), Vertreter der rechts-autoritären Fraktion, warf allen, die Zurückweisungen ablehnten, vor, »sich an unserem Land [zu versündigen]« (taz, 18.06.18). Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre liberal-konservativen Verbündeten wiederum hielten einen »nationalen Alleingang« für »höchst unklug« (Volker Bouffier in BILD, 01.07.18) und setzten sich für EU-weite Lösungen ein. Außerdem wird hier die tiefe Spaltung der Allianz zwischen konservativem und neoliberalem Lager – verkörpert durch die Union – deutlich: Gegen die pro-europäische (neo-)liberale Position Merkels stehen Seehofer und weitere rechts-autoritäre Kräfte. Auch am damaligen Führungsstreit der CDU wird die Verschiebung des Kräfteverhältnisses hin zu rechts-autoritären Kräften sichtbar (vgl. ZEIT ONLINE, 12.02.2019).

Die Debatte um das Einwanderungsgesetz zeigte die konservative Verteidigung nationalstaatlicher Privilegien und ihrer kulturell-nationalen Identität. Konservative wollen den Aufenthaltsstatus und Sozialleistungen an die ›Integrationsleistung‹ von Migrant*innen koppeln (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.05.16). Die imaginierte Bedrohung des deutschen Volkes sehen konservative Akteur*innen auch im ›äußeren Feind im Innern‹ – wie ›islamistischen Terroristen‹: »Man [kann] die Sicherheit hier im Lande nur gewährleisten […], wenn wir die Kontrolle über die Zuwanderung behalten und die Zuwanderung begrenzen« (Seehofer in ZEIT ONLINE, 03.05.18). Diese Verknüpfung von Migrations- und Sicherheitsdiskurs verstärkt autoritäre Tendenzen wie Merkels Versprechen eines ›starken Staats‹ (vgl. taz, 24.12.16).

Als Gegenangriffe konservativer Akteur*innen gegen die links/-liberale Willkommenskultur kann die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung sowie der Solidaritätsbewegungen gegen Abschiebungen gelten. Besonders deutlich wird dies an Alexander Dobrindts (CSU) Begriff der »aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie« (WELT, 06.05.18). Auch ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist der Meinung, dass »die Ausnutzung aller rechtsstaatlicher Mittel [...] grenzwertig sein [kann]« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.05.18). Konservative und rechte Akteur*innen wollen also vielmehr einen ›formalen Rechtsstaat‹ etablieren, in welchem rechtsstaatliche Prinzipien für Geflüchtete eingeschränkt und Grundrechtsbrüche rechtsstaatlich integriert werden.

Das soziale Hegemonieprojekt

Die wichtigsten Akteur*innen des sozialen Hegemonieprojekts sind Gewerkschaften sowie Anhänger*innen der SPD, ferner der Partei Die Linke und der Grünen. Aufgeteilt ist das soziale Hegemonieprojekt in eine pro-europäische und eine national-soziale Fraktion. Erstere hat eine eher internationalistische Perspektive auf Arbeitskämpfe, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der sich für »eine auf Gerechtigkeit und Integration abzielende Sozialpolitik, die Flüchtlinge und Migranten einschließt« (DGB 2018) einsetzt. Der national-soziale Flügel, in dem Sahra Wagenknecht (Die Linke) und die gescheiterte ›linke Sammlungsbewegung‹ ›aufstehen‹ (vgl. Frankfurter Rundschau, 16.03.19) zu verorten sind, verteidigt eher die ›national-sozialen Privilegien‹ deutscher Arbeiter*innen.

Der Einfluss sozialer Akteur*innen ist jedoch sichtbar geschrumpft. Ihre Strategien setzten sich kaum durch. Grund hierfür sind die schwindenden Ressourcen des Projekts, vor allem der deutliche Stimmenverlust und der neoliberale Schwenk der SPD. Einzig das Einwanderungsgesetz ist einer ihrer Erfolge, obwohl die Fraktionen des sozialen Hegemonieprojekts hier verschiedene Ziele verfolgen. Die national-soziale Fraktion lehnt Fachkräftezuwanderung grundsätzlich ab: »Deutschland muss seine Fachkräfte selbst ausbilden« (Wagenknecht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 11.08.18). Damit sollen deutsche Arbeitnehmer*innen vor Lohndumping und Armut geschützt werden (vgl. aufstehen o.J.). Pro-europäisch-soziale Kräfte hingegen setzen sich für ein liberales Einwanderungsgesetz ein, warnen aber davor, dass »Einwanderungspolitik, die den deutschen Niedriglohnsektor [...] versorgen soll, [...] die gesellschaftliche Akzeptanz einer tatsächlich wünschenswerten Einwanderung von Fachkräften« (Seils 2018: 1) gefährde.

Insgesamt sind die Strategien des sozialen Hegemonieprojekts marginalisiert und jenseits des Kernthemas Arbeitspolitik wenig präsent. Hinzu kommt, dass die Ge-

werkschaften in sich gespalten sind: Während die Führungsebene am europäischen Menschenrechtsdiskurs festhält und für eine liberale Asylpolitik eintritt, knüpft die Basis häufig eher an die diskursive Spaltung zwischen migrantischen und deutschen Arbeiter*innen an (vgl. Georgi 2016: 198ff).

Das links/-liberale Hegemonieprojekt

Den Kern des links/-liberalen Hegemonieprojekts bilden pro-migrantische Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie PRO ASYL, die großen christlichen Kirchen, Teile der Partei Die Linke (der ›Kipping-Flügel‹) und der Grünen. Soziale Bewegungen wie die Seebrücke formen gemeinsam mit linken und migrantischen Initiativen den linken bis linksradikalen ›*no border*‹-Teil des Hegemonieprojekts, welcher innerhalb des Untersuchungszeitraums an Stärke gewann.

Die Akteur*innen des links/-liberalen Hegemonieprojekts kritisieren die aktuelle EU-Migrationspolitik als inhuman und völkerrechtswidrig. Ihr Bezugspunkt sind Werte wie internationale Solidarität, Menschenrechte und der Kampf um ein lebenswertes Leben für alle. Sie sind pro-europäisch verortet und knüpfen damit erfolgreich an liberale Diskurse an. Seit dem Sommer der Migration verfügen sie über eine stärkere Vernetzung und ein großes Mobilisierungspotenzial. So reagierten sie als sein »zentrale[r] Antipode« (Kannankulam 2014: 103) auf Offensiven des konservativen Hegemonieprojekts. Das links/-liberale Projekt schaffte es, Teile der Zivilgesellschaft aus ihrer politischen Resignation zu holen, wie beispielsweise die Berliner Clubszene (vgl. zitty 16.03.19). Die inzwischen stärkere Abgrenzung zwischen links/-liberalen und sozialen Kräften wird bei Demonstrationen wie ›#unteilbar‹[7] sichtbar. Eerstere werfen den national-sozialen Kräften vor, Deutsche und Migrant*innen gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig sind die links/-liberalen Kräfte mit ihrer Argumentation für ein liberales Einwanderungsgesetz häufig näher an neoliberalen als an sozialen Diskursen (vgl. PRO ASYL 2018).

Die links/-liberalen Kämpfe gegen Seehofers ›Masterplan Migration‹ verbanden sich unter dem Motto »Seebrücke statt Seehofer« (taz, 07.07.18) im Sommer 2018 mit den Protesten gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Besonders präsent waren die Akteur*innen des Hegemonieprojekts außerdem in Kämpfen um Abschiebepolitiken mit Forderungen von ›Bleiberecht für alle‹ bis zu ›globaler Bewegungsfreiheit‹. Ausdruck dessen sind die vielen Abschiebeblockaden (vgl. z.B. Darmstädter Echo, 22.06.18). Dieser beharrliche Kampf brachte andere Akteur*innen

7 | unteilbar.org

dazu, die afghanische Sicherheitslage zu hinterfragen (vgl. u.a. ZEIT ONLINE, 27.11.16). Vor diesem Hintergrund ist das ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ als direkter Angriff auf linke Mobilisierungen und Solidaritätsarbeit für Geflüchtete zu verstehen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 07.06.19).

FAZIT

Der Sommer der Migration 2015 zeigt, wie Menschen auf der Suche nach Schutz oder einem besseren Leben das europäische Grenzregime mit ihren migrantischen Praktiken unterwanderten und überwanden. Der Kompromiss des EU-Türkei-Deals bot für die aus dem Sommer der Migration resultierenden Krise nur eine vorübergehende Stabilisierung, wie die Eskalation der Situation an der griechisch-türkischen Grenze Anfang 2020 erneut zeigte.

Auf der Grundlage einer umfassenden Medienanalyse ließen sich in den Kämpfen um die Regulation von Migration in Deutschland vier grundsätzliche Strategien zu Hegemonieprojekten bündeln. Das neoliberale Hegemonieprojekt hat sich migrationspolitisch in eine liberale und eine rechte Fraktion ausdifferenziert. Die Wandlungs- und Vereinnahmungsfähigkeit seines politischen Projekts des Migrationsmanagement zeigte sich erneut in der Einbindung von Abschottungspolitiken. Diese sind vor allem der Erfolg des konservativen Hegemonieprojekts, dessen Akteur*innen weiter nach rechts gerückt sind und inzwischen bedeutende Teile der Gesellschaft hinter sich vereinen. Gerade die rechts-autoritäre Fraktion trieb andere gesellschaftliche Akteur*innen offensiv vor sich her und besaß beachtliches Mobilisierungspotenzial. So konnte sie eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts erreichen, die zuletzt vermehrt in rechtsterroristischen Anschlägen gipfelte. Das soziale Hegemonieprojekt seinerseits wurde in seiner Bedeutung marginaler und konnte nur das Einwanderungsgesetz als ›Langstreckenerfolg‹ verzeichnen. Das links/-liberale Hegemonieprojekt erholte sich nach einigen Rückschlägen und bestimmte zeitweise wichtige migrationspolitische Diskurse mit. Es fehlte hier jedoch besonders an organisatorischen und systemischen Ressourcen, um im Kräfteverhältnis stärker ins Gewicht zu fallen. Die Akteur*innen des links/-liberalen Hegemonieprojektes konnten dennoch an die Erfolge des Sommers der Migration anknüpfen und gerade der linke Rand gewann migrationspolitisch an Einfluss innerhalb des Hegemonieprojekts.

Mit der Verbindung von Einwanderungsgesetz und verschärften Abschiebegesetzen etablierten neoliberale Kräfte erneut eine Kompromissstruktur mit konservativen Kräften. Durch die Erfolge der AfD wurden die tief verankerten rassistischen Herrschaftsverhältnisse noch anschlussfähiger und radikalisierten das Milieu rechts-

autoritärer Akteur*innen weiter. Abgesehen vom links/-liberalen Projekt haben sich in jedem anderen Hegemonieprojekt spezifische anti-migrantische Fraktionen hervorgetan. Dies verdeutlicht die verschobenen Kräfteverhältnisse und lässt in Zukunft weitere Verschärfungen befürchten. Einzig die kleinen Erfolge linker Akteur*innen sind ein Hoffnungsschimmer für alle, die solidarisch mit Migrant*innen und ihren Kämpfen für ein gutes Leben sind.

LITERATUR

aufstehen (o.J.): Gründungsaufruf. URL: aufstehen.de [27.01.2021].

BILD (01.07.18): Unionskrise massiv eskaliert. So kämpft Merkel ums Überleben. URL: m.bild.de [31.07.2019].

Bundestag (20.10.15): Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. In: Bundesgesetzblatt 2015 (Teil I, Nr. 40), S. 1722–1735.

Bundestag (11.03.16): Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren. In: Bundesgesetzblatt 2016 (Teil I, Nr. 12), S. 390-393.

Bundestag (31.07.16): Integrationsgesetz. In: Bundesgesetzblatt 2016 (Teil I, Nr. 39), S. 1939–1948.

Darmstädter Echo (22.06.18): Protest vor Abschiebegefängnis löst Polizeigroßeinsatz aus. URL: echo-online.de [31.07.2019].

DER SPIEGEL (14.07.18): CSU. Widerstand gegen Seehofer (29/2018). URL: spiegel.de [31.07.2019].

DGB (2018): Aufruf. Diskussion um Tafeln: Sozialleistungen endlich erhöhen! URL: dgb.de [02.08.2019].

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (29.05.16): Die Kosten der Flüchtlingskrise (Nr. 21), S. 22.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (07.05.18): Kommentar zu Abschiebe-Debatte. Eine Lobby gegen den Staat. URL: faz.net [02.08.2019].

Frankfurter Allgemeine Zeitung (11.08.18): Sahra Wagenknecht. »AfD-Wähler sind keine Rassisten«. URL: faz.net [02.08.2019].

FDP (12.05.18): Pressemittelung: LINDNER-Rede auf dem 69. FDP-Bundesparteitag. URL: mailings.fdp.de [17.07.2019].

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: Transcript.

Frankfurter Rundschau (16.03.19): Linke Bewegung. »Aufstehen« wird gebraucht, ist aber erst einmal gescheitert. URL: fr.de [31.07.2019].

Geiger, Martin; Pécoud, Antoine (2010): The Politics of International Migration Management. New York: Basingstoke.

Georgi, Fabian (2015): Was ist linke Migrationspolitik? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.

Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. In: PROKLA 46 (183), S. 183–203.

Georgi, Fabian (2019): Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011. In: Keil, Daniel / Wissel, Jens (Hg.): Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union. Baden-Baden: Nomos. S. 205-228.

Gesamtmetall (2018): »Stichtagsregelung ist eine gefährliche Scheinlösung«. URL: gesamtmetall.de [02.08.2019].

Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Hamburg: Argument-Verlag.

Handelsblatt (10.07.18): Nach Drohungen. Ein Tweet von Siemens-Chef Kaeser gegen die AfD brachte ihm heftige Kritik – und 3000 neue Follower. URL: handelsblatt.com [02.08.2019].

Handelsblatt (16.10.19): Türkei. Wie Erdogan mit seiner aggressiven Politik Unternehmer verunsichert. URL: handelsblatt.com [13.03.2020].

Hänsel, Valeria (2020): Erschießungen und Hetzjagd. Die Faschisierung des Europäischen Grenzregimes. Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V. URL: ffm-online.org [13.03.2020].

Kannankulam, John (2014): Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. Die Asyldebatte als Schlüsselereignis des schwerfälligen Wandels vom Gastarbeitsregime hin zu Managed Migration in der Bundesrepublik Deutschland. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: Transcript, S. 93–112.

Kasparek, Bernd / Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. URL: bordermonitoring.eu [05.07.2019].

Müller, Doreen (2010): Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens. Universitätsverlag Göttingen.

Müller-Stehlik, Matthias (2017): Zur Krise der europäischen Migrationskontrollpolitik. Bundesdeutsche Kräfteverhältnisse im Ringen um die Regulation autonomer Migrationsbewegungen. Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.).

Passauer Neue Presse (26.05.18): Andrea Nahles (SPD). »Wir können nicht alle bei uns aufnehmen«. URL: pnp.de [31.07.2019].

Poulantzas, Nikos / Demirović, Alex (2002/1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA-Verlag.

PRO ASYL (2017): »Hau ab-Gesetz«: Bundestag entscheidet über erneute Asylrechtsverschärfung. URL: proasyl.de [02.08.2019].

PRO ASYL (2017a): Union legt Hand an den Zugang zum individuellen Asylrecht. URL: proasyl.de [02.08.2019].

PRO ASYL (2018): Kaum eine Spur von »Spurwechsel«. URL: proasyl.de [01.08.2019].

Seils, Eric (2018): Mangel an Fachkräften oder Zahlungsbereitschaft? Eine Analyse von Daten des DIHK. In: WIS Report (41). S. 1-18. URL: boeckler.de [12.07.2019].

SPIEGEL ONLINE (31.05.17): Berufsschule in Nürnberg. Protest gegen Abschiebung von Mitschüler - mehrere Verletzte. URL: spiegel.de [31.07.2019].

SPIEGEL ONLINE (07.06.19): Asylgesetze im Bundestag. Das steckt im Migrationspaket. URL: spiegel.de [31.07.2019].

Süddeutsche Zeitung (10.07.18): Seehofer: »Das ist kein Masterplan der Koalition«. URL: sueddeutsche.de [31.07.2019].

Süddeutsche Zeitung (07.01.20): Private Seenotrettung. Deutscher Kapitän der »Lifeline« in Malta freigesprochen. URL: sueddeutsche.de [13.03.2020].
taz (16.12.16): Afghanistan-Abschiebung spaltet weiter Politik. URL: taz.de [31.07.2019].
taz (24.12.16): Bundesregierung Merkel verspricht Schutz, Aufklärung und mehr Abschiebungen. »Darauf können Sie sich verlassen«. URL: taz.de [13.03.2020].
taz (01.08.17): Anschlag in Hamburg. Wie umgehen mit der Gefahr? URL: taz.de [31.07.2019].
taz (18.06.18): Asylstreit in der Union. Das Fernduell. URL: taz.de [31.07.2019].
taz (07.07.18): »Seebrücke«-Demos für Seenotrettung. Masterplan Humanität. URL: taz.de [31.07.2019].
taz (27.07.18): Offener Brief an die Bundeskanzlerin. NRW-Städte für Seenotrettung. URL: taz.de [13.03.2020].
taz (20.02.20): Anschlag in Hanau. Im Terrorwahn. URL: taz.de [13.03.2020].
taz (28.02.20): Türkei droht mit Geflüchteten aus Syrien: EU-Außenstaaten machen dicht. URL: taz.de [13.03.2020].
WELT (06.05.18): »Anti-Abschiebe-Industrie sabotiert Bemühungen des Rechtsstaates«. URL: welt.de [31.07.2019].
Wolken, Simone (1988): Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Lang.
ZEIT ONLINE (27.11.16): Afghanistan. Landesinnenminister hat »Bauchschmerzen« bei Abschiebungen. URL: zeit.de [31.07.2019].
ZEIT ONLINE (27.12.16): Anschlag in Berlin. Wie die CSU für Sicherheit sorgen will. URL: zeit.de [31.07.2019].
ZEIT ONLINE (17.08.17): CSU. Seehofer verwirrt mit Kommentar zur Obergrenze. URL: zeit.de [27.01.2021].
ZEIT ONLINE (03.05.18): CSU. Seehofer will Menschen ohne Bleiberecht schneller abschieben. URL: zeit.de [31.07.2019].
ZEIT ONLINE (12.02.19): Annegret Kram-Karrenbauer. Gefährliche Kurskorrektur. URL: zeit.de [31.07.2019].
ZEIT ONLINE (17.01.20): Seenotrettung. Oberstes Gericht bestätigt Freilassung von Carola Rackete. URL: zeit.de [13.03.2020].
Zitty (26.03.19): Politischer Techno. Raven für die Revolution. URL: zitty.de [13.03.2020].

Inhalt

Editorial
Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz 9

Aufsätze

The Palermo Charter Process.
Towards the Recognition of Migration as a Human Right
Stefania Maffeis 19

Everyday Struggles of Queer Refugees for Homemaking
Gonca Şahin 41

Von Bedrohungsszenarien und Grenzregimen.
Die Verschränkung von Flucht- und Terrordiskursen
Felicitas Qualmann, Enis Bicer, Lina Brink, Alejandra Nieves Camacho 65

Werkstatt

Nach dem Sommer.
Eine historisch-materialistische Analyse
migrationspolitischer Kämpfe in Deutschland nach 2016
Marie Hoffmann 89

Interventionen

After Humanitarian Reason?
Formations of Violence, Modes of Rule and Cosmopolitical Struggles at the »European Margins«
Jens Adam, Valeria Hänsel 105

Der Europäische Pakt gegen Migration
Charles Heller, Bernd Kasparek 123

Security Above the Law?
Germany's Pandemic Borders and Intra-European Free Mobility
Polina Manolova, Philipp Lottholz 137

Betroffenheit als emotionaler Resonanzraum.
Chronologie eines Reflexionsprozesses
Esin Göksoy, Helena Grebner 151

Interview

Without Community, There Is No Liberation. Ein Filmgespräch zu Herausforderungen community-übergreifender Organisierung angesichts fortwährender rassistischer Gewalt und Krisen
Nadiye Ünsal, Jessica Korp, Tijana Vukmirović, Jasmin Eding, Sanchita Basu 167

Rezension/Ankündigung

Helge Schwiertz (2019): Migration und radikale Demokratie
Leoni J. Keskinkılıç 185

Grenzregime IV (i.E): Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand
Valeria Hänsel, Karl Heyer, Matthias Schmidt-Sembdner, Nina Violetta Schwarz 193

Autor_innen 199

Autor_innen

Jens Adam (PhD) holds a position as senior researcher at the U Bremen Excellence Chair Research Group »Soft Authoritarianism«. As a cultural/social anthropologist he focuses especially on current struggles around democracy and public policy, the intersections of humanitarianism and political violence as well as on contributions to a ›critical Europeanization research‹.

Ilker Ataç ist Professor am FB Sozialwesen der Hochschule Fulda. Schwerpunkte in Forschung sind Migrationspolitik und lokale Politik, soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft, und undokumentierte Migration. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift *movements*.

Sanchita Basu lives in West Berlin since the 1980s. The 1990s influenced her activism. Her political standpoint developed in opposition to White feminists whose center-periphery logic she did not accept. This struggle led her to her project: Noziz-we - the first feminist educational project in Berlin for women of the ›two thirds of the world‹. Today she is the director of ReachOut, a counselling center for victims of racist, right-wing and anti-Semitic violence.

Enis Bicer is a social scientist and post-doctoral researcher. His research interests are on racism and discrimination, immigration societies, media and discourse research, intergroup conflict and social networks. Currently, he is staff member at the research project "The Threat Scenario of 'Islamist Terrorism' from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities".

Lina Brink is a post-doctoral researcher at the University of Augsburg. She finished her Ph.D. on media representations of protests in Egypt 2011-2014 at Eberhard Karls University Tübingen, working as a member of the junior research group »Transcultural Public Spheres and Solidarity«. Her research fields are discourse research, critical media studies, social movement studies, cultural studies, gender studies and postcolonial studies.

Jasmin Eding is a social pedagogue. She has been active in the black movement for over 30 years and is co-founder of ADEFRA e. V. (Black Women in Germany) and co-author of the book Children of Liberation: Transatlantic Experiences and Perspectives of Black Germans of the Post-War Generation (Ed. Marion Kraft 2016). She describes herself as an anti-racist-feminist-lesbian grassroots activist. ADEFRA roots is a forum by and for black women that fights against racism and other forms of discrimination.

Esin Gizem Göksoy hat Soziologie, Philosophie und Interkulturelle Kommunikation studiert. Sie promoviert am Lehrstuhl für Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und untersucht die soziopolitischen Auswirkungen der ›neuen Türkei‹ in Deutschland. Sie setzt sich für antirassistische Perspektiven sozialwissenschaftlicher Forschung ein und kämpft gegen natio-ethno-kulturelle Zuschreibungen.

Helena Ayoka Grebner hat Theaterwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation studiert und im Fachbereich Ethnologie zur Lebensrealität illegalisierter Menschen in Deutschland an der LMU in München promoviert. Sie arbeitet im flüchtlingspolitischen Bereich.

Valeria Hänsel does her doctorate at the Institute for Cultural Anthropology/ European Ethnology at the Georg-August University of Göttingen, Germany, on the reconfiguration of the European Border Regime in the Aegean. As activist she is engaged in support work on Lesvos Island. Valeria Hänsel is member of the *Network for Critical Migration and Border Regime Studies* and the network *deportation monitoring: aegean.bordermonitoring.eu*.

Charles Heller is a Research Fellow at the Graduate Institute in Geneva. He is co-director of the Forensic Oceanography project based at Goldsmiths, University of London, and a co-founder of the WatchTheMed platform. He is currently co-president and the Migreurop network.

Marie Hoffmann lebt in Marburg. Sie studiert Politikwissenschaft und arbeitet(e) währenddessen bei Pro Asyl und an der Philipps-Universität Marburg. Ihr Forschungsinteresse gilt in der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung besonders materialistischen und neogramscianischen Ansätzen. Die jüngsten zivilgesellschaftlichen Kämpfe in der deutschen und europäischen Gesellschaft nach dem Sommer der Migration bilden ihren momentanen Arbeitsschwerpunkt.

Bernd Kasparek is a post-doctoral researcher at the Institute for European Ethnology and the Berlin Institute for empirical integration and migration research, both at Hum-

boldt University. His book *Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex* was published by transcript in June 2021. He is a member of the network for critical migration and border regime studies and member of the editorial board of movements.

Leoni J. Keskinkılıç ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert zur Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin. Sie arbeitet zu den Themen Migration und home-(un)making, Teilhabe, urbane Nachbarschaft sowie soziale und politische Ungleichheit.

Jessica Korp studied social and cultural sciences at Goldsmiths College and wrote her bachelor's thesis on collective melancholy and empire. She is involved in antiracist self-organisation, empowerment and social engagement in cultural contexts. She is interested in postcolonial migration history, labour in late capitalism and everyday life as a stage for social interactions. She is a MA student of European Ethnology, an active member of the Activistar Film and Video Productions Collective and Sonic In(terv)entions.

Stefanie Kron, PhD in Sociology (Freie Universität Berlin), is a Professor for Social Work at the Evangelische Hochschule Berlin. She specializes in international migration movements & migration politics, sanctuary & solidarity cities, transnational labor struggles & ethnographic research methods. Recent publications: With Henrik Lebuhn (2020): Building Solidarity Cities. From Protest to Policy, in: Feyzi Baban & Kim Rygiel (Eds.): Fosterin Cultural Pluralism through Solidarity Activism in Europe. Everyday Encounters with Newcomers. Cham (Switzerland): Palgrave Macmillan. pp. 81–105. With Stefania Maffeis (2021): Die Stadt als Sicherer Hafen: Kosmopolitismus und gelebte Solidarität, in: Susemichl, Lea /Jens Petz Kastner (Hg.): Unbedingte Solidarität. Münster: Unrast. S. 159-172. Moving cities Map (city profiles Barcelona & Zaragoza): moving-cities.eu.

Philipp Lottholz is a Post-Doctoral Fellow at the Collaborative Research Centre/Transregio 138 "Dynamics of Security" and the Institute for Sociology, Justus Liebig University Giessen, Germany. His research focuses on peace, conflict, security and political and social change in post-Socialist Eastern Europe and Central Asia. His work has been published in International Peacekeeping, Journal of Intervention and Statebuilding and Central Asian Survey.

Stefania Maffeis is Professor for Political Theory at the University of Applied Sciences for Social Work (EHS) in Dresden. She has written extensively on Hannah Arendt's political theory and its transnational reception, on the political philosophy of migration as well as on the approach of the transnational circulation of ideas. She teaches and researches within the field of political and social philosophy, focusing on the topics of migration and transnational citizenship. In her current research project she analyses intellectual and political struggles in Europe on the implementation of a human right to free global movement.

Polina Manolova is a sociologist working on intra-EU migration, technologies of migration governance, precarious employment and migrants' structural incorporation in urban contexts. Currently, she is a postdoctoral fellow and lecturer at the Eberhard Karls University Tübingen, researching and teaching on issues of migrant incorporation, EU citizenship, intra-EU inequalities and global regimes of labour and social reproduction. She is a member of a newly-formed network for critical approaches to intra-EU regimes of migration, labour and social reproduction (www.eumignet.de) and 'Radio Migrant: voices from South-East Europe' podcast.

Alejandra Nieves Camacho is a student of the Master's program in International Relations at Freie Universität Berlin, Humboldt Universität and the University of Potsdam. Her research interests are migration, racism and gender studies. She is a former member of the research project "The Threat Scenario of 'Islamist Terrorism' from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities". Currently Alejandra is a research assistant at the German Center for Integration and Migration Research (DeZIM) in the Migration Department.

Felicitas Qualmann studied Intercultural Conflict Management and Area Studies Asia/Africa. Her research interests are racism and discrimination, colonial continuities, and decolonial protest, as well as conflict transformation. Currently, she is a research associate in the BMBF funded project: „The Threat Scenario of 'Islamist Terrorism' from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities". Felicitas is a member of Berlin Postkolonial.

Lisa Riedner is a postdoctoral researcher at the Institute for European Ethnology and Cultural Analysis at the University of Munich (LMU). Her research interests lie in ethnography and regimes of intra-EU migration, labour and social reproduction with specific focus on urban spaces and racism. Her publications include the monograph "Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration" (2018, edition assemblage, open access). She is a co-editor of *movements*.

Gonca Şahin is a PhD student in the Gender Studies Program at Kadir Has University. Her research interests are migrant networks, transnationalism, informal labor, queer refugees, and intersectionality. Currently, she is working in an NGO where she focuses on economic empowerment and social cohesion of refugee and local women.

Helge Schwiertz is a postdoctoral research associate at the Chair of Sociology and Social Theory at Universität Hamburg and corresponding member of the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at Osnabrück University. His key research areas are social and political theory, theories of radical democracy, citizenship, and solidarity, social movements and urban protests, racism and migration. He leads the international research project *Enacting Citizenship and Solidarity in Europe »From Below«: Local Initiatives, Intersectional Strategies, and Transnational Networks* [ECSEuro] and is a co-editor of *movements.*

Nadiye Ünsal is a PhD candidate working on coloniality of power and migration and currently the communications manager of the Antidiskriminierungsverband Deutschland *e.V.* and a lecturer. She is part of self-organized intersectional community movements (e.g. Coalition against Racism Berlin). She has organized commemoration activities for the victims of the National Socialist Underground-Complex and victims of racist police violence. She is a member of the *Activistar Film and Video Productions Collective*.

Tijana Vukmirović studied Literature, Gender Studies and Political Science. She is active in the field of migration and intersectionality and works in migrant-diasporic organizations. She came to Germany in the 1990s to live with her “Gastarbeiter”-grandparents and still does not have a German passport. Yugoslav-Berliner and is active as a language mediator since childhood. She is a member of the Activistar Film and Video Productions Collective.